

# Wie viele Lehrer braucht das Land?

Um den Bedarf zu ermitteln, hat Bildungsministerin Prien die FH Kiel ein Prognose-Instrument entwickeln lassen

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

**KIEL.** Noch immer falle Unterricht „an allen Ecken und Enden“ aus, beklagte sich gestern Thorsten Muschinski, Vorsitzender des Landeselternbeirats der Gemeinschaftsschulen. „Für unsere Kinder, die möglichst gut gebildet ins Leben starten sollen, ist das hochproblematisch.“ Am Morgen hatte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) im Landeshaus von einem bundesweit einmaligen, datengestützten Instrument berichtet, das die Fachhochschule Kiel in ihrem Auftrag mit dem Statistikkamt Magdeburg entwickelt hatte. Kostenpunkt: 70 000 Euro. Mit dem sogenannten Tool berechne man ab sofort den Lehrerbedarf über einen Zeitraum von neun Jahren. Andere Länder hätten daran bereits Interesse signalisiert.

„Wir alle konnten in den vergangenen Jahren erleben, dass die Schülerzahlen deutlich über den Erwartungen lagen“, sagte Prien mit Blick auf die Zuwanderung von Flüchtlingen. Auch solch einen außerplanmäßigen Zuwachs



Bildungsministerin Karin Prien (CDU) erkennt beim Lehrermangel im Land regionale Unterschiede.

FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

„Viele Schulen im Land bekommen ihre Stellen nicht besetzt.“

Astrid Henke,  
Landesvorsitzende der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft

könne man ins neue Prognose-system einspeisen. „Es ist für uns wichtig, zukünftig mit verlässlicheren Zahlen zu arbeiten.“ Die Ministerin betonte indes, dass man sich schon jetzt „auf einem sehr guten Weg“ befinde: Rein rechnerisch seien nur noch 130 von 23 345 Planstellen unbesetzt – was einer Quote von über 99 Prozent entspreche. Zu Beginn des Schuljahres seien 259 Stellen frei gewesen. Wären alle besetzt, entspräche das einer Unterrichtsversorgung von 101 Prozent.

Grau sei alle Theorie, räumte die Ministerin dann aber selbst ein. „Das bedeutet nicht, dass nicht irgendwo Unterricht ausfallen wird. Vor Ort fehlen uns mehr Lehrkräfte als nur für 130 Planstellen.“ Mitarbeiter erkrankten mitunter längerfristig, sie gingen in Elternzeit oder nahmen sich eine unbezahlte Auszeit. Auch seien viele Lehrer in Teilzeit tätig. Im vergangenen Schuljahr seien an den allgemeinbildenden Schulen zwei Prozent des Unterrichts ersatzlos gestrichen worden, bei weiteren 7,6 Prozent sprangen entweder Ver-

tretungslehrer ein, oder die Schüler wurden zur eigenverantwortlichen Arbeit aufgefordert.

Man könne beim Lehrermangel regionale Unterschiede erkennen, sagte Prien. Während in Uni-Städten wie Kiel und Flensburg, aber auch in den Ballungszentren besonders viele Pädagogen eine Stelle suchten, sei es in ländlichen Regionen weitaus schwieriger, für offene Planstellen geeignete Bewerber zu finden. 2019 hatte die Landesregierung erstmals Referendaren in den Kreisen Segeberg, Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg und Steinburg einen Aufschlag von 250 Euro gewährt. Mit mäßigem Erfolg: Nur 20 angehende Lehrer bis sen an. Weitere 43 gingen zwar in die Kreise, lehnten das zusätzliche Geld aber lieber dankend ab, weil sie sich nicht für fünf Jahre in der Region verpflichten wollten.

Ob der Köder nicht appetitlich genug sei? Prien lehnte Spekulationen ab und sprach lieber von einem ersten Versuch. Man müsse jetzt darüber nachdenken, mit welchen

sonstigen Anreizen man Bewerber in die Regionen locken könne. An den Unis im Norden hätten zum Wintersemester jedenfalls über 6000 junge Leute ein Lehramtsstudium aufgenommen. Das sei eine Rekordzahl, auch wenn es kurzfristig nicht helfe. Das Land setze deshalb neben den „grundständig ausgebildeten“ Lehrkräften auf die Beschäftigung von derzeit 589 Quer- und 336 Seiteneinsteigern.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warf Prien ein Versteckspiel vor. „Viele Schulen im Land bekommen ihre Stellen nicht besetzt“, stellte die Landesvorsitzende Astrid Henke fest. Noch drastischer: „Es gibt zahlreiche Schulen, da ist jede vierte Lehrkraft nicht voll ausgebildet.“ Um den Beruf attraktiver zu machen, müsse die Arbeitsbelastung von Lehrern reduziert und das Gehalt von Grundschullehrern zügig auf A13 aufgestockt werden. Prien hat Letzteres flächendeckend zum Schuljahr 2025/26 zugesagt. Martin Habersaat (SPD) warf ihr vor, die Anhebung auf die lange Bank zu schieben.